

LUKAS MORSCHER/MARTIN SCHEUTZ/WALTER SCHUSTER (Hg.): *Orte der Stadt im Wandel vom Mittelalter zur Gegenwart: Treffpunkte, Verkehr und Fürsorge* (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 24). StudienVerlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2013, 512 S. (zahlr. Abb.), 49,90 €.

Der aus einer Innsbrucker Tagung des Österreichischen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung hervorgegangene Sammelband widmet sich der europäischen Stadtgeschichte aus einer räumlichen Perspektive. Die Herausgeber, die auch die Einleitung verfasst haben, schließen dabei vor allem an die Wiener Stadtgeschichtsforschung, indirekt aber auch an das ehemalige Dresdner Projekt über öffentliche Räume in der Frühen Neuzeit an. Das Buch beginnt mit einer Einladung, dem österreichischen Schriftsteller und Flaneur Gerhard Roth auf seiner Erkundung der Stadt Wien zu folgen. Aus dieser Perspektive ergibt sich auch so etwas wie die theoretische Klammer des Buches, die besagt, dass Räume durch die Menschen – in stärkerer und weniger starken Abhängigkeit vom baulichen Substrat – produziert werden: „Räume und Raumwahrnehmungen beruhen auf der Interaktion von Menschen und deren Relationen.“ (S. 11) Im Folgenden werden dann noch die Ansätze Walter Benjamins, Karl Schölgers, die sozialgeographischen *mental maps*, die ältere französische Raumgeographie (Braudel, Vidal de la Blache) und die deutsche Soziologie (Simmel, Löw, Rehberg) aufgerufen, an die jedoch in den Beiträgen selten direkt angeknüpft wird. Die Feststellung, dass die Stadtgeschichtsforschung diese modernen Analyseinstrumente weitgehend ausgeklammert hat, klingt etwas übertrieben, denn neben der „deskriptiven“ oder weberschen gibt es längst auch eine raumtheoretisch anspruchsvolle Stadtgeschichte. Hierzu mag ein Blick in das Werk Bernard Lepetits genügen; aber auch stadthistorische Projekte der letzten 10 bis 15 Jahre sind nicht gerade theoretisch unterbelichtet.

In insgesamt 17 Beiträgen, die in die Rubriken Treffpunkte, Verkehr und Fürsorge eingeteilt sind, widmen sich die Autorinnen und Autoren Orten wie Märkten, Stadttoren, Wirtshäusern, Kaffeehäusern, Museen, Kinos, Stadien, Wohnbauten, Stadthallen, Häfen, Shopping-Malls, Flughäfen, U-Bahn-Netzen und Spitälern. Der zeitliche Rahmen reicht von etwa 1300 bis nahe an die Gegenwart, wobei manche Beiträge auch Rückblicke in frühere Epochen gewähren, insbesondere die souveräne Studie von Ferdinand Opll über die Stadttore und deren praktische und symbolische Bedeutungen. Regional reichen die Aufsätze nicht weit über die Habsburgermonarchie bzw. Mitteleuropa hinaus, wobei Wien und Innsbruck – organisationsbedingt – eine zentrale Rolle spielen. Der Band möchte einen Schwerpunkt auf Nutzung und Wandlung der Orte legen, was insbesondere in den Fällen gelungen ist, in denen die Beiträge auf die Entwicklung der Orte über längere Zeiträume eingehen. Bei genuinen „Orten der Moderne“ (z. B. Flughäfen) lässt sich dagegen nicht weit in die historische Tiefe blicken. Bei anderen wird deutlich, dass es schwierig ist, über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten denselben Begriff zu verwenden, weil sich das Erscheinungsbild des Untersuchungsgegenstands stark veränderte (z. B. Flusshäfen, wie der Aufsatz von M. Schmid deutlich macht).

Auf die Beiträge kann in diesem Rahmen nicht im Einzelnen eingegangen werden. Interessant erscheinen mir jedoch einige Aspekte und Perspektiven, die auch für die zukünftige Stadt-Orte-Forschung hilfreich sein dürften. So zeigt ein historischer Blick auf die Genese der Orte, dass die Platzierung und Etablierung gesellschaftlicher Orte oft mit längeren Aushandlungsprozessen von Ordnungen zu tun hatten. Ihre Zunahme geht häufig mit einer Diversifizierung und funktionalen Entflechtung einher, wobei nochmals diskutiert werden müsste, ob vormoderne Orte tatsächlich funktional undifferenzierter waren als moderne (so Arlinghaus) oder nicht doch eher als multifunktional bezeichnet werden sollten (so Schwerhoff). Interessant ist immer wieder auch der Blick auf planungsgeschichtliche Aspekte, die zeigen kann, dass viele Projekte zwar ausgedacht, diskutiert und skizziert, jedoch nicht oder nur zum Teil realisiert wurden. Auch diesen Gesichtspunkt sollte eine zukünftige Stadtgeschichte im Zeichen des sog. *spatial turn* berücksichtigen, denn er lässt die unterschiedlichen Facetten der Konstruktion von (räumlicher) Wirklichkeit erst in voller Breite hervortreten. Schließlich stellt sich immer auch die Frage nach der Urbanität: Welche Stadt-Orte machen die Stadt zur Stadt? Oder: Welche Orte gehören zu einem genuin städtischen Institutionenset? (D. North, vgl. S. 134).

Mit der Betonung der Orte der Stadt konzentrierten sich Herausgeber wie Beiträger/innen weitgehend auf Orte der Vergesellschaftung im städtischen Rahmen. Ihre überregionalen Bezüge wurden

nicht systematisch herausgearbeitet, noch am deutlichsten treten sie in der Untersuchung über die Märkte (Werner Freitag) hervor. Statt die Beiträge nach Treffpunkten, Verkehr und Fürsorge zu gliedern, hätte man sie freilich auch nach raumanalytischen Gesichtspunkten ordnen können, um abschließend, also nach den vielen interessanten exemplarischen Ortsstudien, auch wieder auf eine abstraktere, das heißt allgemein gesellschaftswissenschaftliche Ebene zurückzukommen. Gerade historische Studien können ja nicht nur Genese und Wandel von Orten im Lauf der Zeit analysieren, sondern auch den Wandel des Verhältnisses von Menschen und Orten bzw. von Gesellschaft und Raum. Interessant wären nun freilich noch vergleichende Studien, mit Erweiterung des geographischen Spektrums, nicht zuletzt unter Einbeziehung außereuropäischer Metropolen.

Wer den Band liest, erhält jedenfalls Einblick in eine reiche Vielfalt städtischer Orte, von denen wir die meisten heute wie selbstverständlich begehen oder nutzen, die also Teil unserer städtischen Identität geworden sind, ohne dass wir immer gleich erkennen können, in welch langen Aushandlungsprozessen sie zu dem geworden sind, wie sie heute von uns, flanierend, wahrgenommen werden.

Erfurt

SUSANNE RAU

ROMAN SANDGRUBER: *Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910*. Styria premium, Wien/Graz/Klagenfurt 2013, 495 S., 34,99 €.

Schon vor Jahren übergab der österreichische Völkerrechtler und Diplomat Ignaz Seidl-Hohenveldern (1918–2001) dem bekannten Wiener Statistiker Gerhard Bruckmann die Abschrift eines Schriftstückes aus der Finanzlandesdirektion für Niederösterreich. Es enthielt ein Verzeichnis jener 929 Personen, die im Jahre 1910 im Bereich dieser Behörde (das damalige Niederösterreich, mit Wien) mit einem Einkommen von 100.000 Kronen (etwa 450.000 €, soweit man das sinnvoll umrechnen kann) und darüber veranlagt wurden. Der Grund für die Abfassung dieser Liste ist unbekannt. Bruckmann übermittelte dem Linzer Wirtschaftshistoriker Roman Sandgruber eine Kopie des Verzeichnisses, und dieser setzte sich in den folgenden Jahren mit dieser Liste und den mit ihr in Zusammenhang stehenden zahlreichen Biographien auseinander. Aus dieser Beschäftigung entstand das vorliegende Buch. Es bietet eine wissenschaftliche Analyse der Herkunft, Dauerhaftigkeit und Vergänglichkeit von Reichtum, gleichzeitig ein biographisches Nachschlagewerk, das für zahlreiche Personen erstmals genaue Daten enthält.

Einleitend verweist der Autor auf die extreme Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vor 1914: „Nie in der jüngeren Geschichte Österreichs und nirgendwo in der Habsburgermonarchie war die Vermögens- und Einkommensverteilung so ungleich wie in Wien in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Das oberste Zehntelpromille der Wiener verdiente im Jahr 1910 etwa 6,4 Promille aller Einkommen, das oberste Promille 11,9 Prozent, das oberste eine Prozent mehr als ein Viertel und die obersten 10 Prozent mehr als die Hälfte aller Einkommen. Auf die obersten 20 Prozent entfielen zwei Drittel aller Einkommen.“

In der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns verdienten 1.513 Menschen mehr als 100.000 Kronen im Jahr, 929 davon, fast zwei Drittel, lebten in Wien und Niederösterreich. Den Reichtum zog es ins Zentrum, in die Haupt- und Residenzstadt.

Die reichsten (meist!) Wiener waren zu 90 Prozent männlich, zu fast 60 Prozent jüdisch, nur zehn Prozent von altem Adel. „Traumzeit für Millionäre“ – die großen Einkommen wurden kaum besteuert: Der höchste Steuersatz betrug nominell fünf Prozent, die tatsächliche Besteuerung der meisten hohen Einkommen lag bei etwas mehr als vier Prozent.

Jene Ungleichheit war kein besonderes Kennzeichen der Habsburgermonarchie. Aber die Konzentration des Reichtums auf Wien erscheint doch auffallend, etwa gegenüber dem Deutschen Reich, wo die reichste Frau, Bertha Krupp, in Essen wohnte und der reichste Berliner erst an 17. Stelle der preußischen Einkommensverteilung aufschien. Der alte Adel nahm bei den höchsten Einkommen Wiens nur einen bescheidenen Platz ein, während unter den 15 reichsten Preußen die Namen Henckel-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Donnersmarck, Hohenlohe-Oeringen, Schaffgotsch, Arenberg und Pleß auftreten. Industrielles Unternehmertum und großer Grundbesitz spielten in Preußen die Hauptrolle bei den höchsten Einkommen, während in Österreich (Wien) Bankhäuser und Bankgeschäfte die wichtigsten Reichtumsquellen waren. Die meisten der reichsten Wiener waren jüdisch oder jüdischer Herkunft (Rothschild, Taussig, Gutmann, Springer, Moritz Bendikt, Reitzes). „Superreich“ und zugleich der wohlhabendste Mann Europas war Albert Salomon Rothschild: Er versteuerte 1910 ein Jahreseinkommen von 25,7 Millionen Kronen, also ein Prozent aller in Wien versteuerten Einkommen, das war mehr als jene der 100 Einkommensmillionäre aus altem Adel zusammen. Die Rothschilds hatten ihr Vermögen zuerst mit der Staatsfinanzierung aufgebaut, später kamen Eisenbahnfinanzierungen (Nordbahn), Stahlwerke (Witkowitz, heute Tschechien) und eines der wichtigsten Bankhäuser der Monarchie dazu – die Creditanstalt für Handel und Gewerbe.

Bankiers standen an der Spitze der Einkommenspyramide (mit im Durchschnitt mehr als 600.000 K), überholt nur von drei Pressezaren wie Moritz Benedikt (jener Herausgeber der „Neuen Freien Presse“, den der Hass Karl Kraus’ unsterblich gemacht hat). Den Bankiers folgten der Großgrundbesitz (etwas über 300.000 K), Handel (288.000 K), Industrie (256.000 K), danach alle anderen Branchen.

Im ersten Hauptkapitel, „Reich werden“, bietet der Autor eine konzentrierte Fülle an Informationen über die vielfältigen Wege zum Reichtum: Sie reichten von der Kreditbeschaffung für den bis in die liberale Ära extrem geldbedürftigen Staat (Rothschild), über normale Bankgeschäfte und den Handel (etwa mit Kohle, wie die Gutmanns, aber auch mit den ersten Warenhäusern, wie Gerngross und Herzmansky) bis zur Industrie. Hier führte nach wie vor die traditionsreiche Baumwollindustrie mit Spinnereien und Webereien; richtig reich wurde man im Brauwesen (Dreher, Mautner-Markhof) und in der Zuckerfabrikation (Bloch-Bauer, Hatvany-Deutsch, Redlich, Schoeller, Strakosch, Skene u. a.), ebenso in der Produktion von Süßwaren (Schmidt, Heller, Manner). Eine kleine, aber höchst interessante Gruppe sind die Möbel- und Luxuswarenfabrikanten, von denen einige wie die Firma Jacob und Josef Kohn auch Entwürfe von Otto Wagner, Adolf Loos und Koloman Moser umsetzten. Eigenartigerweise dominierten in der so traditionsreichen Metallurgie und Metallwarenerzeugung Österreichs Unternehmerpersönlichkeiten aus Deutschland: Böhler, Krupp, Noot, Born, Bleckmann, Haardt, Brevillier und Urban, auch Hermann Wittgenstein war aus dem „nichtösterreichischen Deutschland“ gekommen. Bis heute berühmte Namen signalisieren den aufsteigenden Stern der Automobilindustrie: Lohner, Porsche.

Im nächsten Kapitel, „Reich erben“, analysiert der Autor den Reichtum aus Erbschaften. Ein reiches Erbe konnte vielerlei ermöglichen – eine sorgenfreie schriftstellerische, wissenschaftliche oder politische Laufbahn, aber auch ein Leben als Dandy. Die meisten der einkommensteuerpflichtigen 95 Frauen waren reiche Erbinnen – wenn sie in einem eigenen Haushalt lebten, nicht in dem ihres Mannes oder von Eltern, denn die österreichische Personal-Einkommensteuer (eingeführt 1896) war eine auf Haushalte bezogene Steuer. Unter diesen Frauen befand sich nicht nur die berühmte Hotelbesitzerin Anna Sacher, sondern auch eine berühmte Sängerin, Selma Kurz, die ihr hohes Einkommen bereits durch Schallplatten erwarb!

Ein reiches Erbe konnte aber auch die Grundlage für den weiteren ökonomischen Aufstieg sein, so das Vermögen, das Hermann Wittgenstein seinem Sohn Karl hinterließ. Dieser nutzte es, um ein Eisen- und Stahlimperium zu schaffen, das zunächst in Böhmen konzentriert war, am Ende seiner Laufbahn aber auch die Eisenindustrie der Alpenländer einbezog (Erwerb der Österreichisch-alpinen Montanindustrie, Errichtung eines neuen Produktionszentrums in Donawitz, Schließung zahlreicher unrentabler Betriebsstätten). Eigentümlicherweise verloren die Erben reicher Bankiers meist ziemlich rasch das Interesse an ökonomischen Dingen – die Lieben, Ephrussi, Gomperz erscheinen uns eher durch ihre wissenschaftlichen und kulturellen Interessen bemerkenswert als durch ihren Reichtum, wenn dieser auch das Unterfutter für jene Interessen bilden mochte. Eigentlich waren ökonomisch auch schon vor 1914 nicht mehr die großen Privatbankiers wirtschaftlich führend, sondern die bedeutenden Manager, die Taussig und Morawitz (Generaldirektor der Anglobank). Schon damals machten Boni den größten Teil ihrer Einkünfte aus, hinzu kamen Gewinne aus Verwaltungsratspositionen und eigenen Spekulationen.

Im folgenden Großkapitel „Reich bleiben“, zeigt der Autor, dass eben dies gar nicht so selbstverständlich war, wie es uns die oft zitierte Sentenz von Stefan Zweig über die Vorkriegszeit als Zeit der Sicherheit suggeriert. Vielfach waren diese Vermögen erstaunlich flüchtig: Von den großen Bankhäusern des Vormärz, den Geymüller, Arnstein & Eskeles, Stametz & Mayr, Hofmannsthal, später den Epstein, war um 1910 keines mehr vorhanden. Zahlreiche große Vermögen waren schon vor 1914 wieder verschwunden – als Folge familiärer Unglücksfälle, missglückter Spekulationen oder Gründungen. Selbst der Reichtum der Rothschilds begann nach 1918, in der Republik, zu schrumpfen, besonders nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt (1931). 1938 raubten die Nationalsozialisten alle als „jüdisch“ bezeichneten Reichtümer. Vieles wurde nicht restituiert: Das Palais am Ring wurde zwar zurückgegeben, die einmalige Bibliothek der Ephrussi und die Kunstschatze aber nur zu geringen Teilen. Wertvollstes Geschirr, goldene Bestecke, bestickte Servietten usw. fanden ihre Wege zu bis heute unbekanntem Liebhabern.

Der fünfte Teil, „Reich leben“, beschreibt den Lebensstandard jener wohlhabenden Personen – die Palais oder Villen in bestimmten Wiener Stadtbezirken oder am Semmering, im Salzkammergut bzw. schon an der Adria, die Sommeraufenthalte, die Reisen, die Jagden u. v. m. Albert Rothschild etwa schuf für seine Angestellten und Jagdgäste eine artifizielle Hauslandschaft im Schweizer Stil, von unvergleichlicher Eigenart (im oberen Ybbstal im südlichen Niederösterreich). Die Herren (und einige Damen) eroberten die Berge (Rothschild war als Siebenter auf dem Matterhorn), waren zuweilen Radfahrer oder Herrenreiter – manche auch schon Herrenfahrer. Polo und Golf waren neue Modesportarten, ebenso wie Tennis. Die Reichen waren Trendsetter.

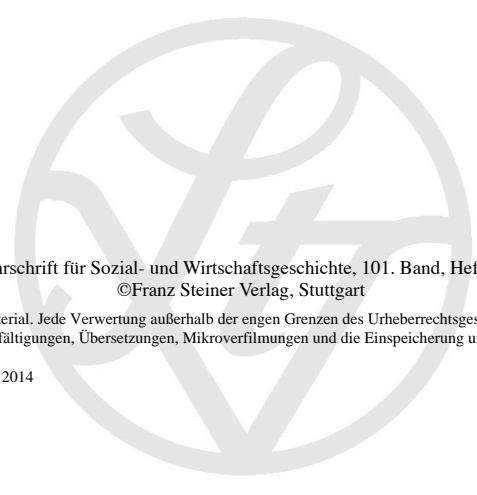
Keinen Einblick gewährt die dem Buch zugrundeliegende Quelle in die materiellen Verhältnisse des Hauses Österreich: Dessen Mitglieder waren offenbar von der Einkommensteuer befreit. Dagegen tritt der alte Adel sehr wohl in Erscheinung – aber nur jene Herren, deren (Haupt-)Wohnsitz in Wien lag! Den polnischen Adel Galiziens und den patriotischen, mit den Tschechen sympathisierenden Adel Böhmens findet man in der Liste nur in wenigen Exemplaren.

Offen benennt der Autor das „Steuerunrecht“, das die großen Vermögen und Einkünfte schonte, aber über Hauszinssteuer und Verzehrungssteuer das Wohnen und Leben der Massen in Wien massiv verteuerte. Große Teuerungsproteste 1910/11, die sich gegen die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln richteten, zeigten allerdings, dass sich die Nicht-Vermögenden zu wehren begannen.

Nach den interpretierenden Kapiteln folgen in knapper Form die 929 Biographien, wobei nur in wenigen Fällen Unklarheiten bestehen bleiben. Damit hat Sandgruber eine von ihm thematisierte Lücke in der umfangreichen zweibändigen Sozialgeschichte der Habsburgermonarchie (Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch [Hg.]: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. IX: Soziale Strukturen. 1. Teilbd. (in 2 Bde.): Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Wien 2010; 2. Teilbd., bearb. von Helmut Rumpler/Martin Seger: Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen nach dem Zensus von 1910. Wien 2010), nämlich die fehlende Darstellung der Einkommenseliten, wenigstens für deren Wiener Fraktion, glücklich geschlossen. Eine reiche Bild-Ausstattung – eine typische Eigenheit Sandgruber'scher Bücher – ergänzt den opulenten Band. Auch typisch für den Autor: Das Buch liest sich spannend. Allerdings ist zu bezweifeln, dass das schöne Titelbild, ein Ausschnitt aus dem „Ball der Stadt Wien“ von Wilhelm Gause (1904), mit Bürgermeister Karl Lueger im Mittelpunkt, gerade jenen großen jüdischen Anteil an der Gesellschaft der Reichen Wiens, der im Text so zentral in Erscheinung tritt, wirklich repräsentiert.

Wien

ERNST BRUCKMÜLLER



Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

WOLFGANG SCHROEDER (Hg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*. Springer VS, 2., überarb., erw. u. akt. Aufl., Wiesbaden 2014, 790 S. (zahlr. Tab.), 46,99 €.

CHRISTOPHE DEGRYSE with PIERRE TILLY: *1973–2013. 40 Years of History of the European Trade Union Confederation*. Etui, Brüssel 2013, 251 S. (9 Tab.), 25,00 €.

Mit der zweiten Auflage des „Handbuchs Gewerkschaften in Deutschland“ führt Wolfgang Schroeder sein zunächst 2003 zusammen mit Wolfgang Weßels herausgegebenes Kompendium über „Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland“ in deutlich erweiterter und um die anschließenden Entwicklungen ergänzter Form fort.

Wie bereits sein Vorgänger enthält vorliegendes Handbuch fünf Teile. Teil I befasst sich in drei Beiträgen mit der Geschichte und den Funktionen der Gewerkschaften, darunter ein kondensierter und problemorientierter Abriss der Geschichte der deutschen Gewerkschaften von Klaus Schönhoven (S. 59-84). Der zweite Beitrag dieses Abschnitts stammt von dem mittlerweile verstorbenen Josef Esser und analysiert unter Berücksichtigung der historischen Dimension „Funktionen und Funktionswandel der Gewerkschaften in Deutschland“. Zur Debatte stehen das sich wandelnde Verhältnis der deutschen Gewerkschaften zum Staat und den Arbeitgeberverbänden sowie die komplexen Vermittlungsprozesse von Arbeitnehmerinteressen im „Modell Deutschland“. Mit einem historischen Überblick über die „Gewerkschaften in Westeuropa“ schließt der erste Teil des Handbuchs.

Hervorzuheben ist, dass auch die Beiträge in den folgenden Teilen zahlreiche historische Bezüge aufweisen. Die gewerkschaftliche Organisation und ihre Grundlagen und Probleme stehen im Mittelpunkt des mit sieben Beiträgen am Umfang gewichtigsten Teils II des Bandes. Teil III (vier Beiträge) behandelt die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontexte gewerkschaftlichen Handelns. In diesem Rahmen gerät auch der tiefgreifende Wandel der Arbeitgeberverbände in den vergangenen Jahrzehnten in den Blick (Wolfgang Schroeder/Stephen J. Silvia: Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, S. 337-366). Teil IV beschäftigt sich mit den Politikfeldern gewerkschaftlichen Handelns (vier Beiträge), Teil V mit den Gewerkschaften auf internationaler und europäischer Ebene (drei Beiträge). Schließlich folgt ein Anhang mit „Zahlen, Daten und Fakten“ über die deutschen Gewerkschaften. Das hier auf rund 100 Seiten komprimiert präsentierte, umfangreiche Datenmaterial zu den verschiedensten Aspekten der gewerkschaftlichen Entwicklung findet sich in keiner anderen Publikation und steigert den Nutzen des Handbuchs beträchtlich, das überdies mit einem differenzierten Sachregister ausgestattet ist.

Insgesamt bietet der Band eine kritische Bestandsaufnahme zahlreicher Aspekte über Gewerkschaften als politische und wirtschaftliche Akteure sowie über ihre Organisationsstrukturen (und deren Wandlungen) in Gegenwart und jüngerer bzw. jüngster Vergangenheit. Wenig beleuchtet wird hingegen der tiefgreifende und beschleunigte Wandel der Arbeitswelt in den vergangenen Jahrzehnten und damit das Aktionsfeld, in dem die Gewerkschaften doch hauptsächlich agieren. Merkwürdig mutet zudem an, dass dem Deutschen Gewerkschaftsbund kein eigener Artikel gewidmet ist, von den als Interessenvertretung abhängig beschäftigter Arbeitnehmer nicht unwichtigen Beamtenverbänden ganz zu schweigen.

Handbuchartige Züge weist auch die mit zahlreichen Tabellen, Schaubildern, Abbildungen und erläuternden Textboxen ausgestattete Darstellung von Christophe Degryse unter Mitarbeit von Pierre Tilly über die mittlerweile 40-jährige Geschichte des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) auf. Sie bietet aber, flüssig geschrieben, einiges mehr an Lesevergnügen als das oben vorgestellte, analytisch-nüchterne Gewerkschaftshandbuch. Der vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut herausgegebene Band beschreibt und diskutiert die verschiedensten Aspekte der Entwicklung europäischer Gewerkschaftsverbände, ihre Strukturen und internen Debatten, ihr Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden sowie – besonders wichtig – zu den europäischen Institutionen.

Geschildert wird zunächst, wie der EGB 1973 als Zusammenschluss von 17 Gewerkschaftsverbänden aus 15 westeuropäischen Ländern nach heftigen Auseinandersetzungen und gegen den Widerstand des DGB gegründet wurde, der eine kleineuropäische, auf die Europäische Gemeinschaft begrenzte Lösung bevorzugte. 1974 erfolgte die Erweiterung des EGB um zwölf christliche Gewerk-

schaftsbünde, ein Jahr später kam mit der italienischen Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) die erste (euro-)kommunistische Organisation hinzu. Kapitel zwei widmet sich den Handlungsfeldern gewerkschaftlicher Arbeit auf europäischer Ebene in den vergangenen vier Jahrzehnten, Kapitel drei den komplizierten politischen Abstimmungs- und Aushandlungsprozessen innerhalb des EGB „behind the scenes“. Kapitel vier zeigt den EGB als Akteur des maßgeblich von der Kommission unter Jacques Delors initiierten „Sozialen Dialogs“, innerhalb dessen sich die Sozialpartner seit nunmehr knapp dreißig Jahren – mit nur geringem Eifer der Arbeitgeberseite – um die Aushandlung sozialer Mindestnormen kümmern. Das fünfte Kapitel umreißt die Entwicklung der gewerkschaftlichen Agenda für die Ausgestaltung und Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft, daran anschließend stehen das Spannungsfeld zwischen ökonomischer Freiheit und sozialer Sicherheit sowie die diesbezügliche Haltung der Arbeitnehmerorganisationen im Fokus, im siebenten Kapitel die Spezifika des europäischen Sozialmodells. Kapitel acht beschäftigt sich mit der Vereinigung der europäischen Gewerkschaftsbewegung nach dem Fall der Mauer – zur Sprache kommen hier auch die vorangegangenen, durchaus dichten Kontakte vieler europäischer Gewerkschaften, des EGB und auch der gewerkschaftlichen Internationale zur polnischen Solidarność. Kapitel neun schließt mit der Darstellung des EGB zur außereuropäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Degryse und Tilly verstehen es, sicherlich nicht unparteiisch, aber kritisch und historiographischen Standards durchweg verpflichtet, die politische Geschichte des EGB fakten- und facettenreich nachzuerzählen und sie zu den mit seiner Gründung erhofften Zielen und Erwartungen einerseits, der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen einer zunehmend globalisierten Welt andererseits, kenntnisreich in Beziehung zu setzen. Ihre Publikation fügt der an Fahrt gewinnenden Geschichtsschreibung über die europäische Integration einen gewichtigen Baustein hinzu.

Bonn

RAINER FATTMANN

D. Wirtschaftsgeschichte

JÜRGEN FINGER/SVEN KELLER/ANDREAS WIRSCHING: *Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933–1945*. Beck, München 2013, 624 S., 29,95 €.

Die Geschichte eines der prominentesten deutschen Familienunternehmen während des Nationalsozialismus, der in erster Linie als Lebensmittelkonzern bekannten Firma Dr. Oetker aus Bielefeld, war lange Zeit geheimnisumwittert. Bekannt war, dass der Leiter des Unternehmens Richard Kaselowsky sowohl überzeugter Nationalsozialist als auch Mitglied im Freundeskreis Heinrich Himmler war. Der Versuch Rudolf-August Oetkers, die von ihm wesentlich finanzierte Bielefelder Kunsthalle Ende der 1960er Jahre nach seinem Ziehvater als „Richard Kaselowsky-Halle“ zu benennen, führte zu einem Eklat. Die Firma, ohnehin nicht gerade für offene Kommunikationspolitik bekannt, verschloss sich danach kritischen Anfragen zu ihrer Geschichte. Erst nach dem Tod Rudolf-August Oetkers im Jahr 2007 wurde der Weg frei für eine historische Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte während des Nationalsozialismus. Im Jahr 2009 beauftragte das Unternehmen eine Gruppe von Zeithistorikern um den Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte Andreas Wirsching mit der Erarbeitung einer Studie, die jetzt vorliegt.

Den Auftakt des Buches bildet ein kurzer Abriss der Geschichte des 1891 von dem Apotheker August Oetker gegründeten Unternehmens, das sich vor allem auf die Herstellung von Puddingpulver spezialisierte. Dr. Oetker hatte sich als dynamisches mittelständisches Unternehmen bereits etabliert, als es während des Ersten Weltkrieges von schweren Schicksalsschlägen getroffen wurde: 1916 fiel der Unternehmenserbe Rudolf Oetker vor Verdun, wenig später verstarb auch der Gründer,

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

so dass die Firma ohne Führung dastand. In dieser Lage wurde ihre Leitung treuhänderisch dem aus dem ostwestfälischen Wirtschaftsbürgertum stammenden Richard Kaselowsky übertragen, bis August Oetkers Enkel Rudolf-August in der Lage war, die Leitung zu übernehmen. Kaselowsky heiratete 1919 die Witwe Rudolf Oetkers und blieb bis zu seinem Tod durch einen Bombenangriff im September 1944 Leiter der Firma, die sich in den 1920er und 30er Jahren auf einem dynamischen Expansionskurs befand.

Die Autoren zeichnen in einem ersten längeren Abschnitt die Firmengeschichte in den 1920er und 1930er Jahren nach, bevor sie diverse Aspekte der Verstrickung Richard Kaselowskys in den Nationalsozialismus thematisieren. Das meint zunächst seine früh erkennbare weltanschauliche Nähe zum Regime. Auch wenn Kaselowsky kein Rassenantisemit war, trat er doch bereits im Mai 1933 in die Partei ein. Dr. Oetker gehörte 1937 zu den ersten Firmen, die als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet wurden, wobei die Voraussetzung dafür in einem breit ausgebauten System sozialer Leistungen bestand. Vermutlich im selben Jahr wurde Richard Kaselowsky auch Mitglied im Freundeskreis Heinrich Himmler. Die Autoren betonen allerdings, dass er hierin keine herausgehobene Stellung hatte und sich kaum Gelegenheiten zu persönlichen Gesprächen mit Himmler ergaben. Ende der 1930er Jahre war Kaselowsky an diversen Arisierungen beteiligt.

Während des Krieges agierte Dr. Oetker als Lieferant für die Wehrmacht. Dem Unternehmen gelang es durch den hervorragend vernetzten Kommissionär Hans Crampe trotz der Kriegslage an die äußerst knappen Rohstoffe zu gelangen. Mit den Kriegsaufträgen verdiente das Unternehmen allerdings kaum etwas. Offenbar spielte die Sicherung der eigenen Marktposition und des Zugangs zu Rohmaterialien, auch im Hinblick auf die Nachkriegszeit, eine wichtigere Rolle. Zwangsarbeiter beschäftigte das Unternehmen kaum. Den Grund dafür erblicken die Autoren vor allem darin, dass die Belegschaft hauptsächlich aus Frauen bestand. Moralische Bedenken spielten für Kaselowsky und die übrigen leitenden Personen dabei letztlich keine Rolle. Der Erfolg der Firma bestand wohl vor allem darin, dass sie ihre Belegschaft während des Krieges halten konnte. Allerdings mussten bei Unternehmen, an denen Dr. Oetker größere Anteile hielt, zahlreiche Zwangsarbeiter arbeiten.

Eine der großen Stärken des Buches besteht zunächst in der präzisen und detailgenauen Rekonstruktion der Unternehmensgeschichte unter der Ägide von Richard Kaselowsky. Die Bestände des offensichtlich erstaunlich umfangreichen Konzernarchives sowie zahlreicher weiterer Archive wurden akribisch ausgewertet und die Quellenfunde stets kenntnisreich und sinnvoll in den historischen Zusammenhang eingeordnet. Allen entschuldigenden Firmenlegenden wird damit der Boden entzogen. Darüber hinaus haben die Autoren aber auch die Geschichte eines Unternehmens aus den von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigten Verbrauchsgüterindustrien geschrieben. Die Studie wird der Forschung hierzu sicherlich wichtige Impulse geben.

Allerdings bleiben die genuin unternehmenshistorischen Gesichtspunkte dem politischen Aspekt letztlich untergeordnet. Gerade aus unternehmenshistorischer Perspektive ergeben sich jedoch weiterführende Fragen: Gehörte Dr. Oetker wirklich zu den Profiteuren des Nationalsozialismus oder nicht doch eher zu den relativen Verlierern? Schließlich profitierten gerade die Konsumgüterindustrien nur bedingt von der nationalsozialistischen Rüstungskonjunktur, und an den Heeresaufträgen verdiente die Firma kaum. Eine andere Frage wäre, inwiefern die polykratische Struktur des NS-Staates einen starken Anreiz für Unternehmer aus solchen Branchen bot, sich politisch zu engagieren, um die eigene Position zu verbessern. Die Forschung zu diesen Fragen steht noch ganz am Anfang, mit der vorliegenden Studie ist nun jedoch ein wichtiges Referenzwerk vorhanden.

München

ROMAN KÖSTER

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

HANS-JÖRG GILOMEN: *Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters* (Beck'sche Reihe 2781). Beck, München 2014, 128 S., 8,95 €.

Man liest es gerne, dieses Bändchen aus der Feder des renommierten Zürcher Wirtschaftshistorikers Hans-Jörg Gilomen. Gut geschrieben versammelt es auf der Höhe der Forschung in souveränen Überblicken das Wissen um die wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahrtausends zwischen dem 5. und dem endenden 15. Jh. vornehmlich in Nord-, Mittel-, West- und Südeuropa. Erstaunlich bei dem engst bemessenen Raum, wie es dem Autor gelingt, der Vogelschau an klug ausgewählten Stellen auch noch die Mühen der Niederungen beizumengen und mit wohl abgewogenen Details aufzuwarten. Überdies hat Gilomen den Stoff ebenso weise auf die zur Verfügung stehenden ca. 120 Seiten verteilt, die Kapiteleinteilung durch eine wirtschaftsgeschichtlich motivierte Segmentierung des Mittelalters mit klaren Einschnitten um 400, 600, 900 und 1300 vorgenommen sowie die einzelnen Kapitel des frühen, hohen und späten Mittelalters durch eine verhältnismäßig gleichgeartete, doch je nach den Spezifika der Epoche anders gewichtete Gliederung unterteilt. Der Darstellungsweg führt jeweils nach einer allgemeinen Einleitung vom primären zum tertiären Sektor. Auch bei eiliger Lektüre wird man dadurch zum Vergleich beispielsweise der Landwirtschaft oder des Handels in den einzelnen Epochen herausgefordert. Und so entsteht das Gesamtbild einer Periode, die nach dem Herkommen zwar als Mittelalter bezeichnet wird, aber wirtschaftsgeschichtlich sinnvoll vielleicht von dem Zuvor, aber kaum von dem Danach abzugrenzen ist.

Die Würze der Darstellung besteht bei allem richtigen Bemühen zur Gesamtschau, auch zur Hinterfragung theoretischer Gesamtmodelle etwa zur sogenannten Krise des Spätmittelalters darin, die eigenen Forschungsinteressen nicht zu vernachlässigen. Die Augenmerke von Gilomen richten sich derart zum Beispiel auf die Zusammenhänge zwischen der im 11./12. Jh. von Grund-, Bann- und Zehntherrschaft, in bestimmten Regionen auch von Personalsteuern aufgespannten Appropriationsstruktur und der sich nach der Pestpandemie 1348/52 zwar verbessernden, aber nach wie vor sehr schwierigen, auch unterschiedlichen Situation der bäuerlichen Haushalte in verschiedenen Regionen. Thematisiert werden in den einzelnen Kapiteln stets auch die sich im Laufe der Zeit durch Innovationen verändernden Bedingungen des Kredits und die sich an derartigen Wandlungen zeitversetzt anpassende Haltung der kirchlichen Wucherlehre. Und es ist dem Autor ein Anliegen, die drohenähnlichen Bindungen zwischen dem wie auch immer wirtschaftlich beschaffenen Land und den dessen Wirtschaftskraft aufsaugenden und beherrschenden mittleren und größeren Städten zu untersuchen, wobei er der allgemeinen Tendenz erhellend das Beispiel Siziliens entgegenstellt. Dort drängte die aragonesische Krone seit den 1390er Jahren das monopolistische Ausgreifen der Städte in das Umland zurück.

Als erfahrener Wirtschaftshistoriker schaut Gilomen nicht nur auf seine schriftlichen Quellen und setzt hier seine Schwerpunkte vor allem im Hinblick auf den Mittelmeerraum, sondern er weiß auch um die Bedeutung der Befunde der Archäologie und der Paläo-Naturwissenschaften. Eine größere Auswahlbibliographie wird im Internet unter der Verlags-Adresse angeboten, und so beschließen lediglich „Leseempfehlungen“ den Band, den ich diesen guten Ratschlägen nur beigesellen kann.

Kiel

GERHARD FOUQUET

DIETER HECKMANN (Hg.): *Beiträge zur Handels- und Wirtschaftsgeschichte Elbings und Danzigs in Mittelalter und Neuzeit* (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 36). Nicolaus-Copernicus, Münster i. W. 2013, 112 S. (4 Abb., zahlr. Tab.), 15,00 €.

Der Sammelband vereinigt die auf der Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung vom 1. bis 3. September 2011 in Elbing gehaltenen Vorträge, die

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

um einen älteren, auf Polnisch erschienenen und nun übersetzten Beitrag erweitert wurden. Es handelt sich insgesamt um sechs instruktive Studien zur Wirtschaftsgeschichte insbesondere Elbings, das der Aufmerksamkeit der modernen deutschen Forschung zu Unrecht oftmals entgeht, war die aus mehreren Teilen bestehende Stadt doch einer der wichtigeren Handelsplätze in Spätmittelalter und früherer Neuzeit.

Dass die Schiffer in Elbing eine bedeutende Rolle als Kaufleute spielten, zeigt Dieter Heckmann vor allem am sog. Elbinger Kriegsbuch 1383–1409, das die Ausgaben für militärische Zwecke verzeichnet (S. 1-11). Anhand der Pfundzollbücher von Lübeck 1368 und von Danzig 1409 kann Angela Ling Huang den Export von Tüchern aus diesen Städten nach Elbing genauer fassen, dabei auch einen, wenn auch wenig umfangreichen Export von Tuchen aus Preußen in den Westen nachweisend (S. 13-40). Den Zustand des vormals der Stettiner Handelsfamilie Loitz und danach der Familie Wejher, der im 17. Jh. reichsten Familie in Preußen, gehörenden Guts Rutzau im 18. Jh. zeichnet Andrzej Groth nach. Grundlage hierfür ist ein Inventar des Jahres 1711, das die sachliche und personale Ausstattung der Schlösser, Vorwerke, Dörfer etc. wiedergibt (S. 41-50). Bei der Ersten Teilung Polens 1772 gelangte Elbing zum Staat der Hohenzollern. Dies führte zu einer tiefgreifenden Umorganisation der Verwaltung. Unter anderem gingen die älteren Privilegien verloren, die eine weitgehende Selbstverwaltung der Stadt kannten, auch wurde das Lübische Recht aufgehoben, wie Stefan Hartmann zeigt (S. 51-66). Im Elbinger Umland gab es zwei unterschiedliche Naturräume, die Höhe und die Niederung (oder Werder), die jeweils verschiedene Formen der Landwirtschaft begünstigten, wie Joanna Szkolnicka für das frühe 19. Jh. genauer beschreiben kann. Die Höhe wurde erst in dieser Zeit für den Obstbau erschlossen, in der Niederung gab es zumeist Viehhaltung (S. 67-75). Die Wirtschaftsgeschichte der Stadt Danzig im Zweiten Weltkrieg wird von Bolesław Hajduk untersucht. Als erstes wurden nach der Besetzung durch die Deutschen die Gulden der Freien Stadt eingezogen und die Reichsmark eingeführt. Arisierung, Beschlagnahme polnischer Besitztümer und Gleichschaltung der Gewerbeorganisationen prägten zunächst das Bild, sodann wurden insbesondere die Werften und Bahnwerkstätten in die Rüstungsproduktion eingespannt und deutsche Bilanzierungsregeln eingeführt. Handelsschiffahrt und Hafetrieb gingen bis 1944 unter veränderten Bedingungen weiter, die Fischerei erlebte sogar eine bis 1944 anhaltende, von den Behörden geförderte Blüte, was den Umfang des Fangs angeht (S. 77-107).

Festgehalten sei, dass der Band sich einfügt in die jüngere Forschungstendenz, die Mittel- und Kleinstädte verstärkt in den Blick zu nehmen. So gelingt es, die Wirtschaftsgeschichte des bislang hinter Danzig und Königsberg zurückstehenden Elbings aufzuwerten.

Kiel

HARM VON SEGGERN

JERZY KOCHANOWSKI: *Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989*. Aus dem Polnischen übersetzt von Pierre-Frédéric Weber (Moderne Europäische Geschichte 7). Wallstein, Göttingen 2013, 475 S., 42,00 €.

Allen Planwirtschaften im ehemaligen Ostblock war aus systemischen Gründen der Mangel an Gütern und Leistungen eigen. In allen diesen Ländern führte das zu schwarzen und grauen Märkten, mit denen sich bereits viele Forscher – Sozialwissenschaftler, Ökonomen, Anthropologen und Historiker – befasst haben. Sie hatten meist spezielle Probleme dieser Märkte oder/und bestimmte Zeitabschnitte in den verschiedenen Ländern im Blick. Die vorliegende, aus dem Polnischen übersetzte Studie von Jerzy Kochanowski, der dafür auf eine Reihe von Vorarbeiten zurückgreifen konnte, ist nach Wissen des Rezensenten die bisher erste Darstellung, in der der Schwarzmarkt für ein Ostblockland in möglichst umfassender Weise über den gesamten Zeitraum des Bestehens der Planwirtschaft sowjetischen Typs behandelt wird. Angesichts der aus der Natur des Gegenstands resultierenden Quellenprobleme können dieses Unterfangen und – vorab gesagt – auch sein Ergebnis nicht über-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

schätzt werden. Der Autor hat gerade die Akten der verschiedenen Institutionen, die sich der Bekämpfung des untersuchten Phänomens gewidmet haben, aber auch einen darüber hinausreichenden breiten Quellenfundus erschlossen. Das ermöglicht ihm, eine detaillierte und außerordentlich anschauliche Arbeit vorzulegen, die über die Akteure und deren Strategien sowie die Resultate ihres Vorgehens sowohl auf den Schwarzmärkten als auch bei ihrer Bekämpfung berichtet.

Im einleitenden Kapitel geht es um die Literatur- und Quellenlage sowie Fragen der Definition von Schwarzmärkten, wobei Letztere aber unscharf bleibt, was sich durchaus als Vorteil für die Untersuchung erweist und auch der Unschärfe des Gegenstandes entspricht. Dem folgt ein Kapitel zu Schwarzmarkterscheinungen in der ersten Hälfte des 20. Jh.s, um die Vorgeschichte des Untersuchungsgegenstandes aufzuzeigen. Das dritte Kapitel widmet sich der Bekämpfung von Schwarzmärkten an Hand der Entwicklung der verschiedenen Institutionen, die in Polen zwischen 1945 und 1989 schwerpunktmäßig diese Aufgabe zu erfüllen hatten. Insofern ist dieses Kapitel auch synthetisierend. Dem folgt eines zur Geographie des Schwarzmarktes, in dem der Frage nachgegangen wird, welche Regionen besonders oder weniger stark von dem Phänomen erfasst wurden. Die anschließenden vier Kapitel behandeln die Schwarzmärkte für jeweils eines von vier Gütern, die dieses Phänomen in der Volksrepublik Polen besonders prägten. Dazu gehörten Fleisch, Alkohol, Benzin sowie Dollar und Gold. Das neunte Kapitel greift den Handelstourismus polnischer Bürger auf, mit dem faktisch transnationale Schwarzmärkte innerhalb des Ostblocks, aber auch darüber hinaus konstituiert wurden. Ein abschließendes Fazit betont wiederum, dass viele der für Polen beschriebenen Erscheinungen auch in anderen Ostblockländern – wenn auch mit Abstufungen – auftraten.

Der Band bietet selbst für mit dem Gegenstand Vertraute manche Überraschungen: Beispielsweise wird gezeigt, welche Bedeutung – neben dem evidenten Gewicht von Gold, Dollar und D-Mark – auch die Währungen anderer Ostblockstaaten auf polnischen Schwarzmärkten erlangen konnten (S. 367 f.). Einen Wermutstropfen stellt allerdings die über weite Strecken ungelente Übersetzung dar. Die im Original offensichtlich bildreiche Sprache Kochanowskis wird oft wörtlich übersetzt, obwohl im Deutschen andere Sprachbilder den Sinn treffender wiedergeben. Ebenso sind Fachtermini nicht immer richtig übersetzt, soweit sich das aus dem Kontext erschließen lässt. Diese Einwände können aber den Gesamtwert dieser Publikation nicht schmälern.

Potsdam

ANDRÉ STEINER

WERNER KOHL/SUSANNA STEIGER-MOSER (Hg.): *Die österreichische Zuckerindustrie und ihre Geschichte(n) 1750–2013*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2014, 484 S. (zahlr. Abb.), 39,00 €.

Die österreichische Rübenzuckerwirtschaft war bis 1918 eine der führenden in Europa. In einigen Regionen – wie in Teilen Böhmens und Mährens – war sie die erste nennenswerte Industrie überhaupt und hat dort regionale Industrialisierungsprozesse maßgeblich geprägt, in anderen Teilen – wie in Niederösterreich – war sie Instrument für die Modernisierung der Agrarwirtschaft. Ein verschärfter globaler Wettbewerb seit Ende des 19. Jh.s, der Zerfall der Monarchie – wodurch die Erste Republik zunächst zum Zuckerimporteur und daher der Rübenanbau im Gebiet des heutigen Österreichs erst spürbar ausgeweitet wurde – sowie ein im 20. Jh. zunehmend regulierter Markt führten zu Transformationsprozessen, einer zunehmenden Beteiligung der Rübenanbauer am System und der Gründung des österreichischen Zuckerkonzerns AGRANA.

Die Herausgeber des Bandes versuchen unter Einbindung von 29 Autoren, das breite Spektrum des Themas in 44 kurzen Beiträgen abzubilden und zur besseren Lesbarkeit mit dem traditionellen Aufbau zuckerhistorischer Werke zu brechen. Die Auswahl der Beiträge entspringt dabei eher der Passion der jeweiligen Autoren als einer stringenten Inhaltsplanung. „Erfolgsgeschichten“, Fundstücke, Splitter, Quellentranskriptionen, persönliche Erinnerungen sind ohne erkennbaren roten Faden und Bezug aneinandergereiht, das episodenhafte Nacherzählen wird einem methodisch-ordnenden Zugriff vorgezogen.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Den – beim Leser das Wissen um die Bedeutung der beschriebenen Branche voraussetzenden und teilweise als Interessenvertreter der Agrar- und Zuckerwirtschaft sprechenden – Autoren gelingt es nicht, die Branche wirklich näherzubringen und damit letztlich auch für das bestehende – und derzeit gefährdete – System der heimischen Rübenzuckergewinnung zu werben. Der Verzicht auf Methoden und Fragestellungen aus der Wirtschafts-, Unternehmens- oder der Kulturgeschichte – die geholfen hätten, den Überblick zu behalten, Quellen und Informationen zu strukturieren, einzuordnen und zu interpretieren – spiegelt die lange Isolation und Selbstbezogenheit der Branche unter dem Schutz eines regulierten Marktes wider. Dass sich hierbei Fehlinterpretationen und Fehler einschleichen, verwundert nicht. Die falsche Information, dass in Deutschland vorwiegend „genossenschaftliche Fabriken betrieben“ worden seien (S. 42), belegt beispielhaft die oberflächliche Auseinandersetzung mit der Materie.

Eine Rekonstruktion und Bewertung der österreichischen Zuckerwirtschaft, ihr Beitrag für die Industrialisierung in der Monarchie sowie die sie tragenden Unternehmer, Techniker und Chemiker wären lohnende Themen. Auch mit Beiträgen über den Aufbau der österreichischen Zuckerwirtschaft nach der Auflösung der Monarchie – anknüpfend an Veichtlbauers Aufsatz über die Ausweitung des Rübenanbaus in Niederösterreich in der Publikation „Niederösterreich im 20. Jahrhundert“ – sowie die Entwicklung der Branche vor und nach dem EU-Beitritt Österreichs oder den Diversifizierungsprozess der AGRANA könnte sich die österreichische Geschichtswissenschaft in produktiver Weise an der vergleichenden Forschung zu dieser globalen Industrie beteiligen.

Leipzig

DIRK SCHAAL

CHRISTINA LINK: *Der preußische Getreidehandel im 15. Jahrhundert. Eine Studie zur nordeuropäischen Wirtschaftsgeschichte* (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N. F. 68). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2014, 386 S. (94 Abb., 42 Tab.), 49,90 €.

Christina Link's monograph is based on a dissertation from 2011 and fills a gap in the existing literature on European grain trade. The book deals with two major issues. The first part makes an attempt to trace the volume, composition, geographical origin and direction of grain exports from Danzig in the 15th century. The second part looks at price and market integration of Prussian and other European grain markets.

Danzig was one of several grain exporting hubs in Prussia, but the data are at times fragmentary. Link selects a number of benchmark years but several of the years were subject to export prohibitions and therefore do not give a picture of exports under normal conditions. Export bans were in force during almost a third of the years, although not necessarily the full year, in the 15th century. Despite this a general picture emerges that suggests a growing importance of the grain trade. Some characteristics stand out. Danzig grain exports became almost entirely specialized in rye and the major part was heading towards North Sea ports. Ship size increased substantially with smaller vessels servicing ports in the Baltic and the large ones sailing to Western European shores. The author faces problems of incomplete data on the direction of shipments but solves that in an ingenious way by looking at the commodity composition of the cargo. A vessel having grain and, say, wine was surely not heading for Western Europe but rather ports in the vicinity indicating that Danzig also was active as a transit port.

The volumes exported to Western Europe became a vital part of the food supply for its growing city populations. To give an intuitive picture of its importance it is worthwhile finding a suitable example: By the end of the 15th century the Danzig exports would satisfy the cereal needs of the population of London at the time.

Danzig exports seem to be drawn mainly, if not entirely, from the area serviced by the river

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Wechsel. Given the frequent export bans, the exportable surplus in a normal year was probably a small to moderate share of total output in the area. The exact size of that share is difficult to estimate and the author does not speculate on this issue. Export bans were usually introduced at sudden price shocks of, say, 25 to 50 percent, which suggest indicate that a harvest failure of 15 to 30 percent of normal output would put the local population at risk and trigger policy reactions. The approximate estimate given here is assuming a price elasticity of demand of around -0,6.

The second part of the monograph deals with price and market integration and is less original and not up to the standards of modern time series analysis. (See G. Federico's survey article: How much do we know about market integration in Europe?, in: *Economic History Review* 65 [2012], pp. 470-497). Christina Link provides a lot of new data but the sources are again incomplete and she does not really integrate the new data into the growing body of European data. The author mainly reiterates results from other authors but these results are well-known. However, some characteristics in her data are intriguing. Many of the series display surprisingly little variance and the absence of clear seasonal patterns would be worth looking into. Do these prices really reflect market prices? Most grain price series display a seasonal pattern with prices falling close to harvest, which can be interpreted as a sign of market imperfections. Was it the case that the export oriented Danzig market was so well integrated in the European market that the seasonal patterns seen elsewhere were absent? That and other questions are left unanswered in this monograph which nonetheless is a valuable addition to the literature.

Kopenhagen/Malmö

KARL GUNNAR PERSSON

ROBERT MÖLLENBERG: *Die ökonomischen Folgen unterschiedlicher Marktmacht und vertikaler Integration. Eine historische Fallstudie der Elektrizitätswirtschaft von Baden und Württemberg in der Zwischenkriegszeit (1918–1933)* (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 20). Thorbecke, Ostfildern 2013, 230 S. (zahlr. Abb.), 40,00 €.

Nimmt man den Untertitel dieser von Jochen Streb betreuten Dissertation und damit die Fokussierung auf Baden und Württemberg sowie den Zeitabschnitt von 1918 bis 1933 wörtlich, so betreffen die entsprechenden Ausführungen nur knapp die Hälfte des Umfangs der vorgelegten Arbeit; denn der Verfasser schenkt der allgemeinen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft, hauptsächlich in Deutschland, jedoch auch unter Verweis auf die Verhältnisse beispielsweise in den Niederlanden und in Großbritannien seit etwa den 1890er Jahren bis in unsere Gegenwart große Beachtung. Damit schafft er sich eine Grundlage für seine Fallstudie und führt zugleich den nicht mit der Materie vertrauten Leser in die Thematik ein.

Die Fälle sind zweckmäßig gewählt, denn die Elektrizitätswirtschaft in den ehemals selbständigen Territorien Baden und Württemberg entwickelte eine unterschiedliche Organisation. Während sich in Württemberg eine kleinteilige, dezentrale Versorgungsstruktur mit geringer vertikaler Integration herausbildete, entstand in Baden eine ausgeprägte Verbundwirtschaft mit hoher Marktkonzentration. Hinzu kommt, dass in Württemberg zwei Unternehmen, die ausschließlich Netzbetreiber waren, den Strom von den Erzeugern zu den Verbrauchern leiteten – das eine privatwirtschaftlich geführt, das andere staatlich gefördert. Dagegen stand die badische Stromwirtschaft in allen Bereichen unter starkem staatlichem Einfluss, umfasste oft Erzeugung, Transport und Verteilung in einer Hand. Außerdem war das RWE als fremder Erzeuger, Netzbetreiber und teilweise auch Versorger in beiden Regionen tätig.

Es liegt also nahe, die Entwicklung in den beiden Territorien miteinander zu vergleichen, und zwar hinsichtlich der Bedarfsdeckung sowie der Kosten bzw. der Durchleitungs- und Verbraucherpreise. Mit der Analyse der historischen Fälle leistet die Arbeit zugleich einen beachtenswerten Beitrag zur aktuellen Diskussion um Deregulierung oder Liberalisierung der Elektrizitätsindustrie. Die Ergebnisse, dass die Eigenständigkeit des Netzbetriebs und die Beteiligung der öffentlichen Hand keine Garantie für die Verhinderung eines monopolistischen (verbraucherschädlichen) Verhaltens sind,

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

dass eine höhere Verbrauchsdichte zur Senkung der Fixkosten und damit zu günstigen Endverbraucherpreisen führt, diese von der Wirtschaftsstruktur des Versorgungsgebietes und nicht von den Unternehmen abhängt, werden nachvollziehbar herausgearbeitet. Das ist die Stärke der Arbeit.

Eine solide Quellengrundlage bilden neben zahlreichen Veröffentlichungen, bei denen jedoch die aktuellen energiepolitischen überwiegen und zahlreiche historische Untersuchungen wie die Reihe „Geschichte der Elektrotechnik“ keine Berücksichtigung fanden, vor allem die Unterlagen in privaten Archiven, hauptsächlich die im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg (WABW).

Leider sind die Abbildungen meist zu klein, was eine Nutzung vor allem der Graphiken erschwert. Ein Lektorat hätte der Arbeit gut getan; so wären viel Bezugs- und grammatische Fehler ebenso vermieden worden wie die sich häufenden Konstruktionen mit „sollte“ sowie viele weitere Wiederholungen. Der Standort von F & G ist Mülheim am Rhein (nicht Ruhr) und beide schreiben sich mit nur einem „h“. RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) wird (immerhin) durchgehend feminin gebraucht. Außerdem ist vom *Land* Preußen sowie der preußischen *Landes*regierung die Rede; bei der Preußenelektra handelt es sich keineswegs um die Preußag, die Preußische Bergwerks- und Hütten-AG, sondern um die Preußische Elektrizitäts-AG.

Düsseldorf

HORST A. WESSEL

GÜNTHER SCHULZ/MATHIAS SCHMOECKEL/WILLIAM HAUSMANN (Hg.): *Regulation between Legal Norms and Economic Reality. Intentions, Effects, and Adaption: The German and American Experiences* (Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte 8). Mohr Siebeck, Tübingen 2014, 328 S., 69,00 €.

Regulierung ist eines der Themen, von denen man glaubt zu wissen, was sie bedeuten, bis man sie selbst definieren soll (wie auch Qualität und Governance). Umso verdienstvoller ist es, dass sich das Projekt „Gestaltung der Freiheit – Regulierung von Wirtschaft zwischen historischer Prägung und Normierung“ der schwierigen Aufgabe annahm, interdisziplinär die verschiedenen Facetten dieses funkelnden Begriffs zu analysieren. Leiter des vom BMBF geförderten Projekts, das einleitend durch Boris Gehlen und Günther Schulz (beide Bonn) vorgestellt wird, waren neben Schulz als Wirtschaftshistoriker drei weitere Hochschullehrer aus unterschiedlichen Disziplinen: der Rechtshistoriker und Privatrechtler Mathias Schmoeckel (Bonn), der Öffentlich-Rechtler Frank Schorkopf (Göttingen) und der Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl (London School of Economics). Koordinator des vom Lehrstuhl von Günther Schulz aus federführend betreuten Projekts war Boris Gehlen.

Laut Gehlen und Schulz bestand das Ziel des Projekts darin, den Regulierungsbegriff zum einen theoretisch (namentlich juristisch und ökonomisch) zu konturieren und zum anderen seinen historisch-kulturellen Hintergründen auf die Spur zu kommen. Dieses wurde in unterschiedlichen Teilprojekten sowie auf Tagungen unternommen. Eine davon fand im Frühjahr 2011 am Deutschen Historischen Institut Washington statt. Viele ihrer Inhalte finden sich im hier zu besprechenden Band – neben einigen neuen Beiträgen und weiterführenden Kommentaren, erfreulicherweise auch von Nachwuchswissenschaftlern. Leider kann auf die Kommentare nachfolgend nur in Einzelfällen eingegangen werden.

Die Frage nach dem Inhalt des Regulierungsbegriffs vergleichend anzugehen, ist äußerst sinnvoll, haben doch die Begriffe „Regulierung“ bzw. „regulation“ diesseits und jenseits des Atlantiks eine unterschiedliche Bedeutung (in den USA bezeichnet dieser Begriff jeglichen Versuch öffentlicher Akteure zur Beeinflussung des Verhaltens von Wirtschaftssubjekten, in Deutschland in einem engeren Verständnis meist nur das Privatisierungsfolgenrecht; nachfolgend soll allerdings aus Gründen der Lesbarkeit der Begriff der „Regulierung“ übergreifend benutzt werden). Ebenso werden hüten wie drüben auch die damit verbundenen Fragen mit unterschiedlicher Akzentsetzung diskutiert und andere Probleme angesprochen (z. B. Sicherstellung des Gemeinwohlbezugs vs. „freedom of contract doctrine“ sowie Fragen der demokratischen Legitimation vs. „agency capture“).

Insofern zitieren Gehlen und Schulz in ihren einleitenden Bemerkungen durchaus treffend eine Aussage von 1875, dass „je eingehender sich Jemand mit diesen Fragen beschäftigt“ habe, „desto

mehr [er] um die Antwort verlegen“ sei (S. 1, Fn. 2). Nicht allein den damaligen Zeitgenossen schwirrte bei diesem Thema der Kopf.

In seinem einleitenden Aufsatz weist Mathias Schmoeckel auf einige der oben angesprochenen Probleme des Rechts- und Regulierungskulturenvergleichs hin und macht zahlreiche Theorieangebote, die viele der virulenten Fragen überzeugend auf den Begriff bringen (USA: „Freedom *in* the market“, „Germany: Freedom *for* the market“).

An diese beiden einleitenden Beiträge schließt sich eine Sektion an, die die Rahmenbedingungen umreißt. Den Anfang macht der Beitrag von Markus Wagner (University of Miami), der den sich leitmotivisch durch den Band ziehenden Begriff der „natürlichen Monopole“ analysiert, also derjenigen Märkte, in denen langfristig nur ein Wirtschaftssubjekt überleben kann. Der Kommentar von Andreas Thier (Zürich) arbeitet ergänzend und verschärfend die unterschiedlichen Regulierungskulturen in den USA und Deutschland heraus. Wie es zu den Herausforderungen kam, mit denen sich die im späten 19. und im 20. Jh. etablierte deutsche Gemeinwirtschaft unter europäischem Druck zur Deregulierung und Privatisierung konfrontiert sah, zeigt Frank Schorkopf. Bill Novak (University of Michigan) geht auf die Periode der Herausbildung einer US-Bundesverwaltung zwischen 1877 und 1932 ein.

Der größte Teil des Bandes ist der Entstehung sowie der Regulierung/Deregulierung von Infrastrukturen (Verkehr, Telekommunikation, Energie) gewidmet. Den Anfang macht die Eisenbahn. Auch wenn die Beiträge von James W. Ely Jr. (University of Vanderbilt), Boris Gehlen, Marc Levinson (Ex-Mitherausgeber des *Economist*) und Alfred C. Mierzejewski (University of North Texas) hier aus Platzgründen nicht im Einzelnen gewürdigt werden können, so wird bei der Lektüre klar, dass sogar noch mehr Disziplinen zur Betrachtung der Dimensionen des Regulierungsbegriffs heranzuziehen sind als die Rechtswissenschaft, Ökonomie und Geschichte, nämlich die Sozialwissenschaften, insbesondere der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, wie er der Analyse von Interessenkonflikten im Beitrag von Gehlen zugrunde liegt, sowie eine psychologische Komponente, die im Beitrag von Levinson über vermeidendes Verhalten anklingt. Interessant auch die Überlegungen von Mierzejewski zu den Bedingungen und den Grenzen des Vergleichs.

Ein weiterer Abschnitt befasst sich mit dem Thema „Telekommunikation“. Johannes Rüberg (Bonn) geht in seinem Beitrag davon aus, dass die Telekommunikationsmärkte in Deutschland und den USA nach Phasen getrennter Wege nunmehr konvergieren würden, namentlich im Zeichen der Entbürokratisierung. Demgegenüber weist Klaus Ferdinand Gärditz (Bonn) zu Recht darauf hin, dass die Deregulierung des deutschen Telekommunikationssektors keinesfalls zu ‚weniger Verwaltung‘ geführt habe. Sie trete dem Bürger heutzutage nur in anderer Gestalt (etwa derjenigen von Agenturen) gegenüber.

Der letzte Abschnitt des Bandes beschäftigt sich mit dem Komplex „Energie“. Wie William J. Hausman (William & Mary College) und John L. Neufeld (University of North Carolina) in ihrem Beitrag anhand verschiedener Gesetzesvorhaben zutreffend analysieren, gibt es keine Patentlösung bei der Regulierung von Energiemärkten. Alexandra von Künsberg-Langenstadt (damals Mannheim) geht in ihrem Beitrag „The Powers behind the Throne – Reasons for the Persistence of the Regulated Electricity Industry in Germany“ auf mögliche Gründe dafür ein, warum der Energiesektor in Deutschland erst so spät liberalisiert wurde. Allerdings fragt sich, ob sie tatsächlich die Kräfte bzw. Einflüsse hinter dem „Geworfenen“ („Thrown“) oder nicht doch eher diejenigen hinter dem bzw. auf den Thron („Throne“) analysiert (frei übersetzt also: „Die wahren Machthaber“ oder – hier – „Die wahren Beweggründe“). Wir vermuten Letzteres – oder das nahezu heideggersch klingende Wortspiel übersteigt unsere Phantasie.

Wie dem auch sei und welche Kräfte dabei wie auch immer gewirkt haben mögen, der Band demonstriert, wie unterschiedlich Aspekte in den einzelnen (nationalen und fachspezifischen) Wissenschaftskulturen angegangen und diskutiert werden können. Natürlich kann ein derartig vielschichtiges Thema nicht in einem einzelnen Sammelband umfassend abgehandelt werden. Gleichwohl bietet der Band zahlreiche Theorieangebote und Zugangsweisen, denen es weiter nachzugehen lohnt. Hierfür und für einen Überblick über den „state of the art“ kann der Band mit großem Gewinn zur Hand genommen werden.

Speyer

MARGRIT SECKELMANN

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

DANIEL SPEICH CHASSÉ: *Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissensgeschichte der Ökonomie* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 212). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, 344 S., 54,99 €.

In den letzten Jahren sind die internationalen Organisationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, in den Blick der geschichtswissenschaftlichen Forschung gerückt. Eines der großen Themen von Weltbank, Währungsfonds, FAO, OECD usw. nach 1945 war (und ist), was wir heute globale Ungleichheit nennen. Um diese entwicklungspolitisch in den Griff zu bekommen, mussten in den Sozial- und speziell den Wirtschaftswissenschaften Konzepte entwickelt werden, die das Problem beschreib- und operationalisierbar machten. „Die Erfindung des Bruttosozialprodukts“, so der unglücklich gewählte Obertitel dieses klugen Buchs (gemeint ist wohl die Verbreitung als Konzept), ist eine wesentliche Reaktion darauf.

In einer ausführlichen Würdigung der makro- und entwicklungsökonomischen Diskussion der Zwischenkriegszeit und vor allem des Jahrzehnts nach Ende des Zweiten Weltkriegs stellt Speich Chassé die überraschende (aber gut belegte) These auf, dass Mitte des 20. Jh.s „alle führenden Ökonomen“ (S. 11) dagegen gewesen seien, das Bruttosozialprodukt einzelner Länder global zu vergleichen. Der Autor argumentiert, dass die Tatsache, dass dies seitdem eben doch geschieht, auf die Strahlkraft vergleichender Statistik zurückzuführen sei, die suggeriert, man könne komplexe Zusammenhänge mit wenigen Zahlen zusammenfassen. Insofern sei die Entwicklung der Ökonomie als Wissenschaft keineswegs einem quasi naturgesetzlichen Verlauf gefolgt, sondern habe durch aktuelle weltpolitische Fragen der frühen Nachkriegszeit ihre heutige Prägung erhalten.

Was diese Studie so interessant und lesenswert macht, ist ihre Perspektive, nämlich die der Entwicklungspolitik und ihrer Anfänge nach 1945. Der Autor legt Wert darauf, dass er „Diskurs“ als beschreibende Kategorie verwendet und nicht als theoretischen Leitbegriff (S. 274). Er entgeht damit einer simplen Dichotomisierung, die entweder alles zum Diskurs über zu dekonstruierende Begrifflichkeiten stilisiert oder sich empiristisch auf den Gang der realen Dinge beschränkt und ihm eine Naturgesetzlichkeit unterstellt, die er eben, so argumentiert Speich Chassé, nicht hatte.

Gleichwohl führt die entwicklungspolitische Perspektive nicht nur zu neuen Erkenntnissen, sondern auch zu einer gewissen Verengung. Spielt man in Gedanken kontrafaktisch durch, wie sich die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ihre Umsetzung in politischen Zusammenhängen ohne die entwicklungspolitische Diskussion entwickelt hätten, so kann man sich einen anderen Verlauf kaum vorstellen. Schon allein der Systemwettbewerb im Kalten Krieg verlangte geradezu nach einer vergleichenden Darstellung der Wohlstandsniveaus. Die Bemühungen, die bereits im Völkerbund angestoßen wurden, werden vom Autor heruntergespielt, da man dort den unterentwickelten Teil der Welt als sozusagen nicht vergleichsfähig ausgeblendet habe (S. 139, 142 f.). Aber hätte man nach dem Entstehen neuer Staaten im Zuge der Dekolonisation diese von internationalen Wohlstandsvergleichen ausschließen können und wollen? Wohl kaum. Insofern resultiert eine der Hauptthesen des Buches, dass die heutige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Bedeutung, die ihr im öffentlichen Diskurs zukommt, vor allem aus der entwicklungspolitischen Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg stamme, aus einer perspektivischen Verengung, die zeitliche Parallelität mit Kausalität verwechselt.

Eine nette Pointe in dieser *melange à la mode*, die Wirtschaftsgeschichte virtuos mit der Wissensgeschichte und der Geschichte der Dekolonisation verbindet, ist der ausführliche Rekurs auf bibliometrische Verfahren (Googles Ngram Viewer). Das ist ja eben die Krux: Quantitative Daten sind unvollständig, fehlerhaft, irreführend, eben menschengemacht – aber mangels Alternativen oft der einzige halbwegs überzeugende Beleg, auch (und gerade) für Diskursanalytiker. Dass der Autor inhaltlich wie auch methodisch in dieser Hinsicht pragmatisch vorgeht, macht seine Darstellung ausgewogen und verleiht ihr bei aller Kritik im Detail viel Überzeugungskraft.

Regensburg

MARK SPOERER

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 4 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

TOBIAS WITSCHKE: *Gefahr für den Wettbewerb? Die Fusionskontrolle der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die „Rekonzentration“ der Ruhrstahlindustrie 1950–1963* (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 10). Akademie, Berlin 2009, 383 S., 69,80 €.

FRANK PITZER: *Interessen im Wettbewerb. Grundlagen und frühe Entwicklung der europäischen Wettbewerbspolitik 1955–1966* (VSWG, Beiheft 195). Steiner, Stuttgart 2009, 482 S. (1 Tab., 4 Abb.), 74,00 €.

Die Wettbewerbspolitik ist neben der Agrarpolitik das am stärksten vergemeinschaftete Politikfeld der EU. Entsprechend hohen Stellenwert genießt sie im politisch-institutionellen Gefüge der Gemeinschaft, entsprechend umstritten waren ihre rechtliche Verankerung in den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und ihre Weiterentwicklung. „Das Wettbewerbsprinzip führt zur kosteneffizientesten und ressourcenschonendsten Wertschöpfung“, so begründete der Präsident des Bundeskartellamtes die Notwendigkeit eines funktionierenden Wettbewerbs, seine „Durchsetzung bildet die Basis unserer Wirtschaftsordnung und trägt maßgeblich zur Realisierung der sozialen Komponente bei“ (Pitzer, S. 15). Während der erste Teil dieses Statements heutzutage vermutlich weitgehend mit Zustimmung rechnen kann, dürfte die These von den sozialen Segnungen des Wettbewerbs mancherorts noch immer auf Skepsis stoßen. Strittig war zumindest in der Vergangenheit aber auch bei den Anhängern des Wettbewerbsgedankens die Frage, wie „frei“ der Wettbewerb sein sollte. Im Gegensatz zur Mehrheit der Unternehmer waren die Regierungen, die 1957 die EWG ins Leben riefen, jedenfalls der Ansicht, dass „der Wettbewerb innerhalb des Gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen“ geschützt werden müsse (Pitzer, S. 16), wie der EWG-Vertrag festlegte.

Der großen Bedeutung der Wettbewerbspolitik entsprechend, beschäftigt sich – nach der Wirtschaftswissenschaft – in den letzten Jahren auch die Geschichtswissenschaft verstärkt mit der Rekonstruktion und Analyse der Prozesse, die zur Institutionalisierung einer europäischen Wettbewerbsordnung führten. Die beiden hier anzuzeigenden Arbeiten erledigen diese Aufgabe auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichem Zugriff. Tobias Witschke konzentriert sich in seiner am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz entstandenen Studie auf die EGKS und die Rolle der Hohen Behörde bei der so genannten Rekonzentration der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr, die er als eine Art Testfall für die Wettbewerbspolitik der Hohen Behörde begreift. Frank Pitzers von Günther Schulz betreute Dissertation legt ihren Fokus auf die Formulierung und Umsetzung der Wettbewerbspolitik im Rahmen der EWG. Obwohl sich die Untersuchungszeiträume der beiden Arbeiten stark überschneiden, ergänzen sie sich aufgrund der unterschiedlichen Schwerpunkte sehr gut und fügen sich zu einem umfassenden Gesamtbild der Motive, Ziele, Erfolge und Misserfolge der europäischen Wettbewerbspolitik bis Mitte der 1960er Jahre.

Gestützt auf unveröffentlichte Quellen insbesondere aus dem Bundesarchiv, fünf Unternehmensarchiven, mehreren französischen staatlichen Archiven und den Archiven der EU bzw. der Europäischen Kommission verfolgt Witschke das Ziel, „die EGKS-Wettbewerbspolitik am Beispiel der Zusammenschlüsse in der westdeutschen Stahlindustrie zu analysieren“ (Witschke, S. 26). Dazu rekapituliert er zunächst die Entstehungsgeschichte des Artikels 66 EGKS-Vertrag, in dem die Fusionskontrolle geregelt war, unter der Fragestellung, ob es sich dabei um eine „Lex Ruhr“ oder um ein erstes Wettbewerbsgesetz in Europa gehandelt habe, und den Zusammenhang zwischen der Neuordnung der (west)deutschen Montanindustrie und dem Schumanplan. Sein Befund lautet, dass alle beteiligten Regierungen der Hohen Behörde „formelle Kompetenzen auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik übertragen hatten – aber informell unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich der Anwendung dieser Kompetenzen“ hegten (Witschke, S. 78). Aus französischer Sicht war dies vor allem die Erwartung einer einigermaßen gleichberechtigten Versorgung der eigenen Stahlindustrie mit Ruhrkohle. Geschichtswissenschaftlich wenig beachtetes Gebiet betritt Witschke mit der Untersuchung der Umsetzung der Fusionspolitik am Beispiel der Wiederverflechtungsanträge einiger „Altkonzerne“, ehe er sich abschließend der – positiv beantworteten – Frage zuwendet, ob die Anwendung der Wettbewerbsbestimmungen des EGKS-Vertrags zu mehr Wettbewerb geführt habe.

Die stärker theoretisch verankerte und argumentierende Arbeit Pitzers gründet ebenfalls in hohem

Maße auf unveröffentlichten Quellen. In seinem Fall sind es vor allem die Bestände der EWG-Kommission und der Hohen Behörde der EGKS im Historischen Archiv der Europäischen Kommission in Brüssel sowie der Bestand Bundeswirtschaftsministerium im Bundesarchiv in Koblenz. Nach einem ausführlichen theoretisch-methodischen Kapitel fasst er zunächst die wettbewerbspolitischen Traditionen und Präferenzen der sechs europäischen Gründerstaaten zusammen mit dem Ergebnis, dass Mitte der 1950er Jahre weder in Luxemburg noch in Italien oder Belgien ein Wettbewerbs- oder Kartellrecht existiert habe. In Frankreich und den Niederlanden gab es immerhin mehr oder weniger effektive Ansätze. „Allein die Bundesrepublik räumte dem Prinzip Wettbewerb als Koordinationsmechanismus der Wirtschaft besonderen Stellenwert in ihrer Wirtschaftsordnung ein.“ (Pitzer, S. 164) Aufgrund dieses Vorsprungs an konzeptionellen und praktischen Erfahrungen mit Wettbewerbsrecht und -politik überrascht es nicht, dass sich die sechs Länder rasch auf Grundsätze einigen konnten, „die in ihrer Ausrichtung den deutschen Präferenzen entsprachen“ (Pitzer, S. 270). Hilfreich für die Wahrung deutscher Interessen auf diesem Feld war sicherlich auch, dass Walter Hallstein zum ersten Präsidenten der Kommission bestellt wurde und mit Hans von der Groeben ein weiterer Deutscher das von den übrigen Mitgliedsstaaten erstaunlicherweise als eher unbedeutend eingestufte Wettbewerbsressort erhielt. Insbesondere die von der Groeben unterstellte Generaldirektion IV trug maßgeblich dazu bei, die vertraglich verankerten Wettbewerbsbestimmungen im deutschen Sinne „mit Leben zu erfüllen“ und dafür Sorge zu tragen, dass die grundsätzlichen Ziele verwirklicht wurden – in den Worten von der Groebens: „Öffnung der Märkte durch die Verwirklichung der Zollunion“, „Beseitigung der Wettbewerbsverfälschungen und Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs“, „Förderung eines wirksamen Wettbewerbs als Steuerungsinstrument des marktwirtschaftlichen Geschehens“ (Pitzer, S. 289).

Obwohl die beiden Arbeiten keine grundlegend neuen Erkenntnisse zu bieten haben, erweitern sie den Wissensbestand zu einem wichtigen Bereich der europäischen Integration in beträchtlichem Maße: Witschke insbesondere durch die Unterscheidung zwischen einem „formellen“ und „informellen“ Mandat der Hohen Behörde sowie der Korrektur einiger verbreiteter Auffassungen etwa zur Kontinuität bzw. Diskontinuität der Strukturen in der Ruhrindustrie, Pitzer durch die minutiöse Rekonstruktion und Analyse der wettbewerbspolitischen Diskussionen und Entscheidungen sowie der zugrundeliegenden nationalen Interessen. Sie stellen damit die Sicht auf die Wettbewerbspolitik, die bislang stark von den aus der Zeitzeugenperspektive verfassten Arbeiten von der Groebens geprägt war, auf eine objektivere Basis.

München

WERNER BÜHRER